

Interpellation Nr. 3 (Februar 2025)

25.5023.01

betreffend die Anwohnenden der Osttangente nicht länger vertrösten

Die Anwohnenden entlang der Osttangente warten seit vielen Jahren auf längst versprochene Lärmschutzmassnahmen. Bei einigen hiess es, man warte den Bau des Rheintunnels ab. Nachdem am 24. November 2024 sowohl im Kanton als auch national der Ausbau der Autobahnen abgelehnt wurde, ist der Bau des Rheintunnels jedoch vom Tisch. Die Vertröstungs-Strategie hat damit ihre Grundlage verloren. Der Lärmschutz und weitere Massnahmen können und müssen nun so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Neben den Lärmschutzmassnahmen, die der Grosse Rat im Mai 2020 und im März 2022 beschlossen hat (Schallschutzfenster, Vorprojekte für Lärmschutzwände und die Einhausung Breite), sind auch Massnahmen zum Umgang mit dem Ausweichverkehr angezeigt. Es gibt Möglichkeiten, diesen einzudämmen. Der Gemeindepräsident von Birsfelden hat angekündigt, Durchfahrtsverbote auszuweiten (vgl. BaZ vom 25.11.2024). Eine effektive Massnahme hat beispielsweise die Gemeinde Cham beschlossen: Es wird nur Autoverkehr im Ortszentrum geduldet, der wirklich dorthin gehört. Wer das Dorfzentrum lediglich durchquert, wird gebüsst (vgl. Medienbericht vom März 2023). Eine ähnliche Massnahme hat inzwischen die Gemeindeversammlung von Birsfelden beschlossen (Bericht im SRF Regionaljournal). Es sind jedoch auch weniger drastische, verkehrsplanerische Massnahmen (wechselseitige Einbahn-Lösungen, Poller in Quartierstrassen, Signalisationen zur Verkehrsführung usw.) möglich, um dem Ausweichverkehr entgegenzuwirken.

Am 24. November wurde von bürgerlicher Seite unmittelbar nach der Abstimmungsniederlage der Vorschlag einer Kürzung des Nachtfahrverbotes für LKW aufs Tapet gebracht, was für die betroffene Bevölkerung in unserem Kanton schlimme Folgen hätte.

Die Interpellantin bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Nachdem der Bau des Rheintunnels keine Option mehr ist: Was ist der realistische Zeitplan zur Realisierung des dringend nötigen Lärmschutzes, der den Anwohnenden seit vielen Jahre versprochen ist?
Wie sieht der konkrete zeitliche Fahrplan (ggf. inklusive Vorprojekt) für die beschlossenen Lärmschutzwände und die Einhausung aus?
2. Zu viel Verkehrsaufkommen auf der Osttangente führte in letzter Zeit wiederholt zu unerwünschtem Ausweichverkehr. Darunter leidet die Quartierbevölkerung heute, wie die Regierung wiederholt betont hat. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat in Basel für die Reduktion des unerwünschten Ausweichverkehrs?
3. Die FDP Schweiz hat am Abstimmungssonntag die Idee einer Kürzung des Nachtfahrverbotes für LKW lanciert. Für Betroffene - sprich für Anwohnende entlang von Autobahnen - wäre dies eine weitere massive Verschlechterung der Lebensqualität. Sie haben Anspruch auf mehr, nicht auf weniger Lärmschutz. In welcher Form bringt sich die Regierung auf nationaler Ebene ein, um diese Idee entschieden zu bekämpfen?

Lisa Mathys